

**Nr.** **XIX. GP-NR**  
73 /J  
1994 -II- 30

## Anfrage

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager  
und Partner/innen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Realisierung des Arbeitsübereinkommens

Im Arbeitsübereinkommen zur XIX. Legislaturperiode legen Sie fest, daß die Verteidigung der repräsentativen Demokratie eine wesentliche Aufgabe der neuen Regierung sein soll, ohne dies näher zu erläutern. Einzige konkrete Punkte sind die öffentliche Ausschreibung der Mitglieder des VfGH und des Präsidiums des VwGH, sowie die Abschaffung des Vizepräsidenten des Rechnungshofes. Es handelt sich um eine Absichtserklärung.

Auf grund der Äußerungen einiger Politiker im vorangegangenen Wahlkampf erscheint die Bewahrung der repräsentativen Demokratie und der Ausbau der Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen eine vordringliche Aufgabe.

Schon in der Regierungserklärung 1990 haben Sie festgehalten, daß es darum geht, die politischen Einrichtungen so zu reformieren, daß sie zu mehr Offenheit und zu mehr Demokratie und Beteiligung des einzelnen am politischen Leben beitragen. Wie die Fehlentwicklungen im Kammerbereich, die Diskussionen um die Kompetenzen des Bundespräsidenten und das nicht funktionieren des neuen Wahlrechts in Bezug auf die Personalisierung zeigen, ist dies ein wesentlicher Arbeitsbereich für die Zukunft.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

### Anfrage

1. Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Festigung der repräsentativen Demokratie unternehmen?
2. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur stärkeren Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse unternehmen?
3. Bis wann gedenken Sie, diese Maßnahmen umzusetzen?
4. Glauben Sie, daß die Abschaffung des Vizepräsidenten des Rechnungshofes zu einer Steigerung der Demokratie führt?